



ZdE
Zentralrat
der Ex-Muslime

Erklärung des Zentralrats der Ex-Muslime über die Deutsche Islamkonferenz

Die Deutsche Islamkonferenz muss abgeschafft werden

Am 7. Mai 2013 findet die diesjährige Deutsche Islamkonferenz (DIK) statt. Die erste DIK wurde im Dezember 2006 durch das Innenministerium unter der Regie des derzeitigen Innenministers Wolfgang Schäuble ins Leben gerufen. Zu dieser Konferenz wurden die Vertreter der islamischen Organisationen und Verbände sowie einige milde und säkulare Muslime eingeladen, um über die "Integration der Muslime" und deren Lebensbedingungen in Deutschland zu debattieren und um "gemeinsame" Ziele zu erreichen.

- Was sind aber die wahren Hintergründe der Deutsche Islamkonferenz?
- Warum werden Tausende von Menschen, mit der Herkunft aus islamisch regierten Ländern, allesamt als "Muslime" bestempelt? Viele Atheisten und Ex-Muslime müssen sogar mit sich diesen Stempel tragen, ohne vorher befragt worden zu sein.
- Warum werden die islamischen Organisationen und Verbände als "Vertreter" der "Muslime" anerkannt, obwohl sie nur eine Minderheit der Muslime in Deutschland vertreten?
- Warum setzt sich die deutsche Regierung zum Thema Integration mit den islamischen Organisationen zusammen und öffnet ihnen die Türen, damit sie mehr Kontrolle in den öffentlichen Einrichtungen und in der Gesellschaft haben können?

Diese und viele andere legitime Fragen standen damals in Raum und haben uns stark beschäftigt. Auf diese Fragen zu antworten, die Wahrheit ans Licht zu bringen und um die Gesellschaft darüber aufzuklären, das waren einige der Gründe, warum der Zentralrat der Ex-Muslime (ZdE) im Februar 2007 gegründet wurde. Der ZdE hat damals vor 5 Jahren diese Probleme unter der Lupe genommen und auf die Fragen geantwortet.

Hintergründe:

Statt den islamischen Extremismus in Deutschland zu bekämpfen, beabsichtigte die deutsche Regierung mit den Islamverbänden zu verhandeln. Die Regierung setzte sich mit den Organisationen zusammen, die in den Moscheen frauenfeindliche islamische Sharia-Gesetze lehren, Hass gegenüber den Mitmenschen predigen und in den Schulen und Strassen dieses öffentlich zeigen, sobald jemand sich die kleinste Kritik gegen den Islam und die Islamisten traut. Die Islamkritiker in dem "demokratischen Rechtsstaat Deutschland" müssen Angst um ihr Leben haben, weil "beleidigte Muslime" solche Kritik nicht ertragen können. So haben wir uns von der Meinungsfreiheit, einem Bestandteil des deutschen Grundgesetzes, verabschiedet.

Die meisten Opfer des islamischen Einflusses in der Gesellschaft sind aber die Menschen aus dem islamischen Milieu. Insbesondere die Jugendlichen, die in die Fänge der islamischen Terrorzellen rutschen oder die, die sich gegen den Druck ihrer Familie wehren und dies mit ihrem Leben bezahlen, wie Hatun Sürücü¹ und Morsal Obeidi².

Eine der wichtigsten Kritikpunkte an die deutsche Regierung und die DIK ist, dass die Regierung anstatt systematischer Abschaffung von Gettoisierung der Gesellschaft dazu beiträgt, Parallelgesellschaften entstehen zu lassen. Die DIK und ihre Mitglieder zeigen keinerlei Interesse an einer säkularen Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Nationalität und Religion gleiche Rechte haben und gleich behandelt werden.

Zudem ist es wichtig, den Rassismus und Rechtsextremismus in der Gesellschaft zu bekämpfen und durch übergreifende Aufklärungsarbeit in den Schulen, Behörden und Medien diesen in der Wurzel zu neutralisieren.

Die Mehrheit der Muslime in Deutschland will mit den islamischen Organisationen und Verbänden nicht zu tun haben. Diese Mehrheit der Menschen als Terrorist zu bestempeln wäre genauso ein irreparabler Irrtum wie die islamische Verbände als Vertreter der Tausenden von "Muslime" in Deutschland anzuerkennen.

Politischer Islam

Ein wichtiger Aspekt, welcher sogar von den Kritikern der DIK weniger beachtet wird, ist die Rolle des politischen Islams.

Mehr als drei Jahrzehnte wurde eine mittelalterliche, aggressive und

unmenschliche islamische Bewegung verstärkt aktiv. Wo diese Bewegung die Führung und politische Macht bekam, herrschten dort unmenschliche islamische Regeln mit Bedrohung, Steinigung, Ermordung und Terror an den unschuldigen Menschen. Mit dieser Methode verbreitete sich der politische Islam und übte auf die Welt Druck aus bis heute.

Die Tatsache, dass der politischen Islam nicht nur Macht in den Herkunftsländern wie in Afghanistan, Iran, Palästina, Syrien, Pakistan und vielen anderen Ländern hat, sondern sich auch in den "demokratischen" westlichen Ländern ausbreitete, führte mit der Zeit zu einem politischen Problem im Westen. Nach dem 11. September ist der politische Islam zu weit gegangen und musste gebremst werden.

Der Grund, warum die deutsche Islamkonferenz ins Leben gerufen wurde, liegt an zwei wesentlichen Punkten. Zum einen hatte diese Konferenz die Aufgabe, den politischen Islam und dessen langen Arm, d. h. die Islamverbände und islamischen Organisationen in Deutschland unter Kontrolle zu halten und mit ihnen zu verhandeln. Zum zweiten, um die diplomatischen und politischen Beziehungen zu den Regierungen in den Ursprungsländern wie zur Islamischen Regierung im Iran oder der Türkei aufrecht zu halten, und somit die wirtschaftlichen Nutzen für den deutschen Markt zu sichern.

Dabei ist es der deutschen Regierung völlig gleichgültig, welche verheerenden Auswirkungen die Verhandlungen auf die Lebensverhältnisse von Menschen, ob Muslimen oder Nicht-Muslimen, in Deutschland haben. Der deutsche Regierung ist es nicht wichtig, dass die Frauen und Jugendlichen aus den muslimischen Familien noch mehr als zuvor die Hände gebunden wird, um sich aus dem Netz der engen islamischen Verhältnissen zu befreien, ohne mit Mord durch die eigenen Angehörigen bedroht zu werden. Ihr war es nicht wichtig, ob die Sharia-Gesetze für die "Muslime" bei den Gerichtsverhandlungen gelten, anstatt der deutschen Gesetzgebung wie für alle Menschen in Deutschland. Der Islamunterricht in den Schulen und Hochschulen wird gefordert, die Kopfbedeckung für die Frauen und die islamische Bekleidung wird als "freie Wahl" der sechsjährigen Mädchen in den Schulen anerkannt und zugelassen und in Hamburg (und bald in anderen Städten) werden die Vertreter der Moscheen in den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens mitwirken.

Das und vieles mehr sind die Gegenleistungen, welche die deutsche Regierung den Vertretern des politischen Islams verspricht, wenn sie sich an die Spielregeln der deutschen Regierung halten. Das alles passiert auf Kosten der so genannten Muslimen in Deutschland. An den Rest der Bevölkerung geht diese Politik nicht spurlos vorbei.

Obwohl einige Islamverbände und säkulare Muslime die DIK in den letzten Jahren verlassen haben, haben die deutsche Regierung und die derzeitige Mitglieder der DIK weiterhin an ihrem Projekt gearbeitet und es fortgesetzt. Eines der Ergebnisse der DIK ist der "Islamvertrag"³ der Freien und Hansestadt Hamburg mit den Islamverbänden.

Der Zentralrat der Ex-Muslime hat während der letzten Jahre immer wieder zu diesen Themen Stellung bezogen, durch verschiedene Veranstaltungen und Konferenzen, Demonstrationen und Aufklärungsarbeiten die Menschen auf die falsche Politik der DIK aufmerksam gemacht und auf die richtige Lösungen hingewiesen.

Menschen gegen den politischen Islam

Wir sind in den letzten Jahren verstärkt Zeuge geworden von einer Reihe von Aufständen der Menschen und von Revolutionen gegen diktatorische islamische Regierungen wie im Iran (2009), Tunesien (2010/2011), Ägypten (2011/2012) und Syrien (2011), die sich auf einige andere arabische Länder ebenso ausgebreitet haben.

Millionen von Menschen, insbesondere die Frauen und Jugendlichen sind in diesen Ländern auf die Strassen gegangen, und haben für ihre Freiheit und ein menschenwürdiges Leben gekämpft.

Die Welt hat gesehen, dass Neda Agha Soltan, eine junge Frau während den Aufständen im Iran (2009) vor der Kamera auf der Strasse gestorben ist. Sie wurde durch die Milizen der islamischen Regierung getötet, weil sie frei von islamischem Zwang leben wollte. Sie war eine Frau wie alle andere Frauen in Berlin, Paris oder London und wollte ein unbefangenes Leben führen.

Die Menschen kämpfen in Tunesien und Ägypten weiterhin nach dem Sturz der Diktaturen für ihre Freiheit. Diesmal aber gegen die so genannten "liberalen" und "moderaten" islamischen Kräfte, die an die Macht gekommen sind, um durch die islamische Sharia die freiheitliche Bewegung der Menschen niederzuschlagen. Wie die islamische Regierung vor 34 Jahren im Iran es getan hat und wie es bis heute andauert. Die jungen und mutigen Frauen wie Alia Majida Al-Mahdi in Ägypten und Amina Tyler in Tunesien protestieren gegen die frauenfeindlichen islamischen Gesetze mit ihren nackten Körpern vor der Kamera. Sie wurden zum Symbol für moderne und selbstbewusste Frau und des Widerstandes gegen den politischen Islam in den "islamischen" Ländern. Es gibt aber auch eine Bewegung, welche sich stark machte gegen die islamische Macht in den westlichen Ländern, von den Mohammed Karikaturen in Dänemark bis hin zu erfolgreichen Kampagnen wie "One Law for All" gegen die Sharia in Großbritannien, angeführt von der bekannten Atheistin und Bloggerin Maryam Namazie, dem Zentralrat der Ex-Muslime in Deutschland, Österreich,

Schweden, Schweiz und Großbritannien bis hin zu Protestaktionen von Femen in vielen europäischen Ländern.

DIK 2013

Die Deutsche Islamkonferenz hatte aus unserer Sicht niemals einen legitimen Grund für ihre Existenz. Aber in Hinblick auf den oben genannten Ereignissen in den "islamischen" Ländern, verliert sie Tag zu Tag ihre Legitimität für die Öffentlichkeit, weil der politische Islam mit der Zeit seine Macht in den islamisch regierenden Ländern verliert.

Wenn die direkte und indirekte Unterstützung aus westlich "demokratischen" Ländern nachließe, wäre zum Beispiel die islamische Regierung im Iran schon längst Teil der Geschichte geworden.

Die diesjährige Islamkonferenz und weiterhin die Anerkennung der Macht der Islamverbände und Organisationen über eine Minderheit der Muslime ist mehr denn je ein Desaster für die deutsche Regierung.

Wir betonen noch einmal, wenn die Deutsche Regierung tatsächlich für das Wohlergehen aller Menschen in Deutschland, ungeachtet deren Herkunft, Glaube und Religion sorgen möchte, soll sie als erstes den Rassismus in der Gesellschaft und in den deutschen Behörden und Schulen bekämpfen, gleiche Gesetze für alle Menschen in Deutschland gelten lassen, für eine säkulare Gesellschaft ohne Einflüsse der Religion in den öffentlichen Einrichtungen und dem Schulwesen sorgen.

Leider wird das Wort "Rassist" und "Rassismus" als Waffe gegen jede Art der Kritik am Islam und den Islamisten verwendet, nicht nur durch die Islamisten und durch deutsche Islam- und Orient-Experten, sondern auch durch linke "Antiimperialisten", den Vertretern der multikulturellen Ideologie und der Postmoderne. Durch solchen Pseudo-Antirassismus, der versucht, die Kritiker des Islams und des politischen Islams zum Schweigen zu bringen, wird die Bekämpfung des wahren Rassismus verblasst. Dieses Problem sollte ebenso durch eine objektive Aufklärungsarbeit vor allem durch die Regierung beseitigt werden. Leider ist die Politik der deutschen Regierung Teil dieses Problems.

1) http://www.spiegel.de/thema/mord_an_hatun_sueruecue/

2) <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/ehrenmord-in-hamburg-das-lange-leiden-der-morsal-obeidi-a-556404.html> bereits getan

3) <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/3551764/2012-08-14-sk-vertrag.html>

<http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/data/download-muslim-verbaende.pdf>